



NEOGEN CORPORATION RICHTLINIE ZUM INSIDERHANDEL

Als börsennotiertes Unternehmen unterliegt das Neogen Corporation (das „Unternehmen“) den bundes- oder einzelstaatlichen Wertpapiergesetzen, u.a. der Regel 10b-5 gemäß dem U.S. Securities Exchange Act von 1934 (US-Börsengesetz), die bestimmten Personen verbietet, mit Wertpapieren des Unternehmens zu handeln, wenn denen wesentliche nicht-öffentliche Informationen über das Unternehmen bekannt sind, oder anderen Personen wesentliche, nicht-öffentliche Informationen über das Unternehmen zu geben, auf deren Grundlage diese mit Wertpapieren handeln könnten (in dieser Richtlinie zusammengefasst unter „Insiderhandel“). Verstöße gegen die Bestimmungen des Insiderhandels werden durch die US-Börsenaufsichtsbehörde (United States Securities and Exchange Commission, „SEC“) und NASDAQ mit allem Nachdruck verfolgt und werden strengstens bestraft. Gemäß geltenden Wertpapiergesetzen haften bei Verstößen nicht nur Einzelpersonen, die mit Wertpapieren des Unternehmens handeln oder die an Dritte Insiderinformationen weitergeben („tipping, also die Weitergabe von Hinweisen), die daraufhin mit Wertpapieren handeln, sondern möglicherweise auch das Unternehmen selbst und seine „kontrollierende Personen“, wenn sie keine angemessenen Schritte unternehmen, um den Insiderhandel durch die Mitarbeiter des Unternehmens zu verhindern.

Das Unternehmen hat diese Grundsatzklärung angenommen, um sowohl den Verpflichtungen des Unternehmens nachzukommen, Insiderhandel zu verhindern, als auch den Mitarbeitern des Unternehmens zu helfen, den schwerwiegenden Konsequenzen zu entkommen, die man mit Verstößen gegen die Bestimmungen des Insiderhandels assoziiert. Diese Grundsatzklärung sieht auch vor, selbst den Anschein unlauteren Verhaltens vonseiten der beschäftigten oder irgendeiner Weise mit dem Unternehmen verbundenen Personen zu vermeiden (nicht nur „Insiders“). Verletzungen der geltenden Gesetze oder sogar eine Untersuchung der SEC ohne Strafverfolgung kann den Ruf oder eine Karriere erheblichen Schaden zufügen. Der Ruf des Unternehmens für Integrität und ethisches Verhalten wurde über mehrere Jahre aufgebaut und wir müssen alle sorgfältig diesen Ruf schützen.

Verantwortliche und Mitarbeiter des Unternehmens oder Vorstandsmitglieder sind für die Einhaltung der bundes- oder einzelstaatlichen Wertpapiergesetzen und dieser Richtlinie verantwortlich. Die Konsequenzen der Unterlassung können schwerwiegend sein.

Händler und Tipgeber. Gegen Vorstände, Führungskräfte und Mitarbeiter (oder Personen, an die sie Tipps geben), die mit wesentlichen nicht-öffentlichen Informationen handeln, können folgende schwere Strafen verhängt werden:

- Ein Bußgeld bis zur dreifachen Höhe des erzielten Gewinns oder vermiedenen Verlusts;
- Strafrechtlich relevante Geldbußen von bis zu eine Millionen USD (unabhängig vom erzielten Gewinn); und
- Eine Freiheitsstrafe von bis zu 10 Jahren.

Mitarbeiter, die Tipps zu Informationen an eine Person weitergeben, die daraufhin einen Handel abschließt, werden dieselben Strafen wie gegen die Person verhängt, die den Tipp erhalten hat, auch wenn die Mitarbeiter nicht selbst gehandelt haben und keinen Gewinn aus dem Handel der Person, die den Tipp erhalten hat, erzielt haben.

Kontrollpersonen. Das Unternehmen und seine für die Aufsicht zuständigen Mitarbeiter unterliegen zivil- und strafrechtlich relevante Geldbußen von mehr als eine Millionen USD, wenn sie es versäumen, angemessene Schritte zur Verhinderung von illegalem Insiderhandel zu ergreifen.

Vom Unternehmen auferlegte Disziplinarmaßnahmen. Verstoß gegen die Richtlinie zum Insiderhandel des Unternehmens kann vom Unternehmen auferlegte Disziplinarmaßnahmen mit sich ziehen, u.a. fristlose Kündigung, ungeachtet dessen, ob die Nichteinhaltung eine Verletzung der geltenden Gesetze ist.

GRUNDSATZERKLÄRUNG

Diese Richtlinie gilt für alle Verantwortlichen und Mitarbeiter des Unternehmens, seine Tochtergesellschaften, Handelsgesellschaften, und Beteiligungsgesellschaften weltweit, alle Vorstandsmitglieder, und alle Unternehmensberater und Konsultanten, die Kenntnis über wesentliche, nicht-öffentliche Informationen vom Unternehmen haben. („Insiders“). Keine Insider dürfen weder direkt noch indirekt über Familienmitglieder oder andere Personen oder Institutionen: a) mit Wertpapieren des Unternehmens handeln während im Besitz wesentlicher, nicht-öffentlicher Informationen, oder an sonstigen Handlungen zu beteiligen, um einen persönlichen Vorteil durch diese Informationen zu verschaffen, oder b) diese Informationen an andere außerhalb des Unternehmens, einschließlich Familie und Freunde weiterzugeben.

Darüber hinaus ist es Insidern mit Kenntnis oder Besitz von wesentlichen nicht-öffentlichen Informationen eines anderen börsennotierten Unternehmens, mit dem Neogen Geschäfte tätig (einschließlich eines Kunden oder Lieferanten), nicht erlaubt, mit den Wertpapieren dieses Unternehmens zu handeln, bevor sie öffentlich werden oder nicht mehr wesentlich sind.

In allen Fällen sind kleine Transaktionen oder Transaktionen, die aus unabhängigen Gründen notwendig oder gerechtfertigt erscheinen (wie etwa die Notwendigkeit, Einnahmen für eine Ausgabe in einem persönlichen Notfall zu erzielen) nicht von dieser Richtlinie ausgenommen. Die US-Wertpapiergesetze erkennt solche Ausnahmen nicht und selbst der Anschein unlauterer Handelspraktiken muss vermieden werden, um den Ruf des Unternehmens für den höchsten Verhaltensstandards zu bewahren. Für den Zweck dieser Grundsatzklärung, „Handel“ mit „Wertpapieren“ des Unternehmens bezieht sich auf Aktien des Unternehmens, Optionen, Puts, Calls, und andere Wertpapiere, beinhaltet aber auch Aktienverkäufe erworben durch die Ausübung von Mitarbeiteraktienoptionen, und andere Handelstätigkeiten durch Gewichtung der Investitionen im Rahmen des Neogen 401-K Plans, wie im Folgenden beschrieben.

Offenlegung von Informationen an Andere. Das Unternehmen ist im Rahmen der FD-Verordnung der US-Börsenaufsicht SEC (Securities and Exchange Commission) dazu verpflichtet, die selektive Offenlegung von wesentlichen, nicht-öffentlichen Informationen zu vermeiden. Das Unternehmen hat Verfahren etabliert, wesentliche Informationen gleich nach Veröffentlichung am weitesten zu

verbreiten. Die Verfahren regeln den Zeitpunkt und die Art der Offenlegung von wesentlichen Informationen an Personen außerhalb des Unternehmens und der Öffentlichkeit und erlauben nur spezifische Unternehmenssprecher über das Unternehmen mit Medien, Analysten, und Investoren zu sprechen. Vermeiden Sie die Offenlegung von Informationen an Personen außerhalb des Unternehmens, einschließlich Familienangehörigen, Freunde, Händler oder Lieferanten, und Sie sollen keine Informationen über das Unternehmen oder seine Geschäfte in Internet Chatrooms oder ähnliche internetbasierte Foren weitergeben. Diese Verbote beschränken aber nicht nötige interne Geschäftskommunikationen mit anderen bei Neogen tätigen Personen auf eine „Need to know“-Basis, bei denen man einen Handel im Besitz dieser Informationen nicht erwartet.

“Wesentliche” Informationen. Informationen gelten als wesentlich, wenn eine hohe Wahrscheinlichkeit besteht, dass ein vernünftiger Anleger sie als wichtig für die Entscheidung zum Kauf, Halten oder Verkauf von Wertpapieren einstufen würde. Sämtliche Informationen, von denen nach vernünftigem Ermessen zu erwarten ist, dass sie sich auf den Aktienkurs des Unternehmens auswirken, sollen als wesentlich angesehen werden, egal ob sie positiv oder negativ sind. Einige Beispiele (nicht allumfassend), die gewöhnlich als wesentlich betrachtet werden sollen:

Quartalergebnisse, die den Konsenserwartungen der Investorengemeinschaft widersprechen;

Vorausschätzungen zukünftiger Gewinne oder Verluste, oder andere Gewinnprognosen, einschließlich Bestätigungen bestehender Leitlinien;

Andere bedeutende Finanzprognosen, Strategiepläne, Vorausschätzungen oder Budgets, und bezügliche Wertminderungen;

- Eine ausstehende oder beabsichtigte Fusion, bedeutende Umstrukturierung des Unternehmens oder ein Ausschreibungsangebot oder Joint Venture;
- Eine ausstehende oder beabsichtigte Akquisition oder Veräußerung eines bedeutenden Vermögenswertes
- Eine bedeutende Veränderung in der Geschäftsführung;
- Bankanleihen außerhalb des gewöhnlichen Geschäftsganges oder eine bedeutende Veränderung bei bestehenden Vereinbarungen
- Ereignisse bei Eigenkapitaltitel, wie zum Beispiel Aktienrückkäufe, eine Veränderung in der Dividendenpolitik, die Erklärung eines Aktiensplittings oder das Emissionsangebot zusätzlicher Wertpapiere;
- Veränderungen beim Personal in Schlüsselpositionen, einschließlich Vorstandsmitglieder oder Führungskräfte
- Eine Veränderung bei den Auditoren oder eine Mitteilung, dass die Berichte des Auditors nicht länger als zuverlässig angesehen werden;
- Tatsächliche, anhängige oder angedrohte bedeutende Rechtsstreitigkeiten oder regulatorische Angelegenheiten;
- Bedeutende neue Produkte, Prozesse, oder Dienstleistungen oder deren Verlust
- Freiwillige Schulderrufe oder Probleme bei Vorzugsaktien
- Drohender Konkurs oder das Bestehen schwerwiegender Liquiditätsprobleme
- Gewinn oder der Verlust eines wichtigen Kunden oder Lieferanten;

- Neuigkeiten über eine bedeutende Vertragsvergabe oder die Kündigung eines bestehenden Vertrags
- Informationen über bedeutende falsche Angaben oder Unterlassungen in den Offenlegungsdokumente des Unternehmens, beabsichtigt oder versehentlich.

Es gibt keinen absoluten Test für die Feststellung von Wesentlichkeit. Informationen gelten als wesentlich, wenn ein vernünftiger Anleger die Informationen als wichtig für die Investitionsentscheidung betrachtet. Im Allgemeinen sollen alle bedeutenden Informationen oder Ereignisse außerhalb des normalen Geschäftsablaufs des Unternehmens sorgfältig nach ihrer Wesentlichkeit geprüft werden. Dies erfordert manchmal eine schwierige Beurteilung der Fakten und Umständen in bestimmten Fällen. Wenn Sie Fragen über spezifische Informationen haben, wenden Sie sich bitte an den Chief Financial Officer des Unternehmens.

Ein besonders problematischer Bereich bei den schwierigen Beurteilungen der Wesentlichkeit stellen Quartalerträge und Finanzergebnisse des Unternehmens dar. Bestimmte Mitarbeiter könnten über diese Informationen als Teil ihrer Arbeitsaufgaben oder durch wöchentliche oder monatliche Finanzberichte, die sie erhalten, verfügen. Der Besitz von Ergebnissen über unternehmensweiten Verkäufen, Erträgen, und Prognosen, die den Konsenserwartungen der Investorengemeinschaft widersprechen, kann eindeutig als wesentlich angesehen werden. Wenn Sie im Besitz von nicht-öffentlichen Umsatz- und Ergebniskennzahlen sind und Zweifel daran haben, ob die wesentlichen Informationen sind, ist es am besten den Handel mit eigenen Aktien des Unternehmens zu unterlassen bis die Informationen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden, oder wenden Sie sich bitte an den Chief Financial Officer des Unternehmens, um die Situation vor dem Handel zu besprechen.

Rückblickende Betrachtung. Denken Sie daran, dass wenn jemand Ihre Transaktionen mit Wertpapieren sich genau anschaut, geschieht dies rückblickend im Nachhinein. Sie sollen sich sorgfältig vor einer Transaktion in der Praxis überlegen, wie das Unternehmen, die Vollstreckungsbehörden und andere die Transaktion rückblickend beurteilen würden.

Wann Informationen als “öffentlich” angesehen werden. Wenn Sie in der Kenntnis von wesentlichen nicht-öffentlichen Informationen sind, dürfen Sie nicht handeln, bis die Informationen in großem Stil öffentlich verbreitet wurden (wie zum Beispiel durch eine Pressemitteilung oder Einreichungen bei der US-Börsenaufsicht (SEC)) und Anleger eine angemessene Möglichkeit haben, Kenntnis von diesen Informationen zu erlangen und sie aufzunehmen. Als allgemeine Regel sollte man davon ausgehen, dass der Markt die Informationen bis mindestens nach 24 Stunden der Bekanntgabe noch nicht vollständig aufgenommen hat. Wenn das Unternehmen beispielsweise um 9 Uhr an einem Montag eine wesentliche Bekanntmachung über Gewinne vornimmt, sollten Wertpapiere des Unternehmens nicht vor 9 Uhr am Dienstag gehandelt werden. Wenn die Bekanntmachung um 9 Uhr am Freitag vorgenommen wird, dann wäre Montag der erste zulässige Handelstag.

Von Familienmitgliedern ausgeführte Transaktionen. Die Richtlinie zum Insiderhandel gilt für alle Familienmitglieder, die mit einem Insider zusammenwohnen bzw. für alle Familienmitglieder, die zwar nicht im Haushalt eines Insiders wohnen, aber deren Transaktionen mit Wertpapieren des Unternehmens von einem Insider dirigiert werden oder dem Einfluss oder der Kontrolle eines Insiders unterliegen (wie beispielsweise Eltern oder Kinder, die sich mit der betreffenden Person vor ihrem



Handel mit Wertpapieren des Unternehmens beraten). Sie sind für die Transaktionen dieser anderen Personen verantwortlich und sollten sie daher auf die Notwendigkeit einer vorhergehenden Rücksprache mit Ihnen vor dem Handel mit Wertpapieren des Unternehmens hinweisen.

Paragraf/Abschnitt 16 und andere Berichtspflichten. Vorstandsmitglieder und bestimmte Führungskräfte (vom Vorstand ernannt), und alle anderen Führungsteammitglieder müssen 24 Stunden im Voraus dem Chief Financial Officer alle Transaktionen mit Wertpapieren des Unternehmens melden. Für alle beabsichtigten Transaktionen müssen von mindestens zwei der folgenden Personen Zustimmung eingeholt werden: Generaldirektor (Chief Executive Officer), Finanzdirektor (Chief Financial Officer) oder Vorstandsvorsitzender (Chairman of the Board). Nach Abschluss der Transaktion sollten die eigentlichen Details unverzüglich dem Chief Financial Officer gemeldet werden für die Vorbereitung der entsprechenden Abschnitt 16 Formulars (Formular 3, 4, oder 5), falls zutreffend.

UNTER VORSORGEPLÄNEN EINGESCHRÄNKTE TRANSAKTIONEN

Ausübung von Aktienoptionen. Die Richtlinie zum Insiderhandel des Unternehmens gilt nicht für die Ausübung von Mitarbeiteraktienoptionen, bei denen Bargeld für den Ausübungspreis gezahlt wird. Diese Richtlinie gilt jedoch für jeden Verkauf oder Swap, die Teil einer von einem Broker unterstützten bargeldlosen Ausübung einer Option sind, und für alle anderen Marktverkäufe oder Kreditswaps mit zahlungsmittelgenerierender Absicht, die für die Zahlung des Ausübungspreises einer Option benötigt werden. Da Mitarbeiter die bargeldlose Ausübung oder Swaps für Unternehmensoptionen benutzen, sollten sie keine Optionen ausüben zu einem Zeitpunkt, wo sie über wesentliche, nicht öffentliche Informationen verfügen.

Neogen 401 -K Plan. Die Richtlinie zum Insiderhandel des Unternehmens gilt bei Transaktionen im Rahmen des 401-(k)-Plans des Unternehmens. Die Richtlinie zum Insiderhandel gilt nicht für automatische Aktienankäufe unter einem 401-(k)-Plan des Unternehmens in Form eines Lohnabzugs. Diese Richtlinie gilt hingegen für bestimmte Entscheidungen, die Sie im Rahmen des 401(k)-Plans treffen können, wie a) die erstmalige Entscheidung, dem 401-(k) beizutreten, b) die Entscheidung über eine Erhöhung oder Senkung des Prozentsatzes der in den Plan eingezahlten Beiträge, die den Aktienfonds des Unternehmens zugewiesen werden; c) eine Entscheidung, innerhalb des Plans ein bestehendes Kontoguthaben in den oder aus dem 401-(k)-Plan des Unternehmens zu transferieren; d) eine Entscheidung, Geld aus Ihrem 401-(k)-Plan zu leihen, wenn das Darlehen dazu führt, dass Ihr Guthaben im Aktienfonds des Unternehmens liquidiert wird, die wiederum dadurch nicht betroffen wird, dass Mitarbeiter zu einem Zeitpunkt im Besitz von wesentlichen, nicht-öffentlichen Informationen ist. Abschnitt 16 Führungskräften (z.B. die Formulare 3 und 4 mit der US-Börsenaufsicht SEC einreichen) ist der Kauf von Neogen Aktien im Rahmen des 401-(k) Plans durch den automatischen periodischen Kauf untersagt.

Aktienkaufplan für Mitarbeiter (Employee Stock Purchase Plan). Die Richtlinie zum Insiderhandel des Unternehmens gilt nicht für automatische Aktienankäufe in Form eines Lohnabzugs im Rahmen des Aktienkaufplan für Mitarbeiter (Employee Stock Purchase Plan oder ESPP). Diese Richtlinie gilt hingegen für Entscheidungen, dem Plan beizutreten oder die Beteiligung zu erhöhen und den Verkauf von Aktien des Unternehmens, die im Rahmen des ESPP angekauft waren.

SPEZIELLE UND VERBOTENE TRANSAKTIONEN

Insider dürfen sich nicht an kurzfristigen oder spekulativen Transaktionen mit Wertpapieren des Unternehmens beteiligen. Andere Arten von Transaktionen könnten problematisch sein wegen der Art der Ausführung. Spezielle Regeln sollen für die nachfolgend beschriebenen Transaktionen verfolgt werden:

Leerverkäufe. Leerverkäufe sind der Verkauf von noch nicht im Besitz befindlichen Wertpapieren. Leerverkäufe können vom Markt im Allgemeinen so interpretiert werden, dass die Erwartungen vonseiten des Verkäufers darauf hindeuten, dass Aktien an Wert verlieren werden, und signalisiert dem Markt mangelndes Vertrauen in die kurzfristigen Aussichten des Unternehmens. Darüber hinaus können Leerverkäufe der Motivation des Verkäufers zu einer Leistungsverbesserung abträglich sein. Aus diesen Gründen sind Leerverkäufe von Wertpapieren des Unternehmens nicht zulässig. Auch Paragraf 16(c) des US-Wertpapiergesetzes untersagt Vorständen und Führungskräften das Tätigen von Leerverkäufen.

Öffentlich gehandelte Optionen. Eine Transaktion mit Optionen ist eigentlich eine Wette auf eine kurzfristige Bewegung des Aktienkurses und kann daher den Anschein erwecken, als ob diese Transaktion aufgrund von Insiderwissen erfolgt. Transaktionen in Optionen können die Aufmerksamkeit des Insiders auch auf die kurzfristige Entwicklung lenken und dabei die langfristigen Ziele des Unternehmens außer Acht lassen. Entsprechend sind Transaktionen mit Puts, Calls, sowie anderen derivativen Wertpapieren an einer Börse oder einem anderen organisierten Markt verboten. (Optionspositionen resultierend aus bestimmten Sicherungsgeschäften werden im Abschnitt unten mit dem Titel „Sicherungsgeschäfte“ besprochen).

Sicherungsgeschäfte. Bestimmte Arten von Sicherungsgeschäften oder Monetarisierungstransaktionen, wie unter anderem Zero-Cost-Collars and Terminkaufvereinbarungen bieten Personen die Möglichkeit, einen möglichst hohen Wert für ihren Aktienbesitz festzuschreiben, oft im Austausch für das gesamte oder einen Teil des Aufwertungspotenzials der Aktien. Solche Sicherungsgeschäfte machen es Mitarbeitern oder Vorstandsmitgliedern möglich, die darunterfallenden Wertpapiere weiterhin zu besitzen, ohne jedoch das volle Risiko zu tragen oder das Eigentum voll nutzen zu können. Wenn dies eintritt, könnte der Insider nicht mehr dieselben Interessen haben wie die anderen Aktionäre des Unternehmens. Aus diesen Gründen sind diese Transaktionen per Unternehmensrichtlinie verboten.

Margin-Konten und Verpfändungen. Wertpapiere, die in einem Margin-Konto verwahrt werden, können vom Makler ohne Zustimmung des Kunden verkauft werden, wenn der Kunde einem Margin-Ausgleich nicht nachkommt. Ebenso können als Sicherheiten für ein Darlehen verpfändete Wertpapiere im Rahmen einer Zwangsvollstreckung verkauft werden, wenn der Darlehensnehmer das Darlehen nicht zurückzahlt. Da ein solcher Verkauf zu einem Zeitpunkt stattfinden kann, zu dem der Pfandgeber von wesentlichen nicht öffentlichen Informationen Kenntnis hat oder anderweitig nicht berechtigt ist, Wertpapiere des Unternehmens zu handeln, ist es Insidern nicht erlaubt, Wertpapiere des Unternehmens in einem Margin-Konto zu verwahren. Alle Insider, die Wertpapiere des Unternehmens in einem Margin-Konto verwahren möchten oder die Wertpapiere anderweitig als Sicherheiten für ein Darlehen verpfänden möchten, müssen einen Antrag für Zustimmung an den

Finanzdirektor (Chief Financial Officer) und Vorstandsvorsitzender (Chairman of the Board) mindestens zwei Wochen vor den vorgeschlagenen Ausführungen der Dokumente mit den beabsichtigten Verpfändungen.

Transaktionen mit kurzfristigen Handelsgewinnen („Short Swing“). Alle leitenden Angestellte und Direktoren des Unternehmens, die unter dem Paragraf 16(c) des US-Wertpapiergesetzes Berichte schreiben müssen, unterliegen den relevanten SEC-Regeln und müssen alle Transaktionen mit Aktien des Unternehmens auf Formular 4 oder 5 melden. Die Einreichung dieser Formulare geschieht unter der Führung des Chief Financial Officers. Führungskräfte und Direktoren sind dafür verantwortlich, Informationen für die Einreichung innerhalb von zwei Geschäftstagen der Transaktion an den Chief Financial Officer weiterzureichen. Mitarbeiter können bei der Vorbereitung und Einreichung der benötigten Formulare helfen, die Verantwortlichkeit zur Einreichung von Berichten gemäß Abschnitt 16 bleibt aber bei der verantwortlichen Leiter des Finanzwesens. Direktoren sollen sich vergewissern, dass Makler mit Verkaufsoorder das Formular 144 einreichen. Alle Angestellte mit Berichtspflichten und Direktoren müssen mit Regeln für Transaktionen mit kurzfristigen Handelsgewinnen („Short Swing“) vertraut sein und sollen vermeiden, dass sie innerhalb von sechs Monaten nach dem Kauf von Wertpapieren des Unternehmens Wertpapiere derselben Klasse verkaufen. Alle umgekehrten Transaktionen sollen vor der Implementierung mit dem Chief Financial Officer abgeklärt werden. Strafen für Verstöße gegen die Regeln der Transaktionen mit kurzfristigen Handelsgewinnen sind schwerwiegend und sollen vermieden werden. Für spezifische Fragen wenden Sie sich bitte an den Chief Financial Officer des Unternehmens.

HANDELSFENSTER

Das Geschäftsquartal des Unternehmens endet jeweils am letzten Tag im August, November, Februar, und Mai und die Quartalsergebnisse normalerweise (aber nicht immer) werden am Ende September, März, Juli und Anfang Januar bekanntgegeben. Diese Bekanntgaben der Quartalsergebnisse des Unternehmens könnten einen wesentlichen Effekt auf den Markt für Wertpapiere des Unternehmens haben. Zusätzlich zum Verbot des Insiderhandels, leitende Angestellte, Direktoren, und Personen, die Kenntnisse von Quartalsergebnissen des Unternehmens haben könnten, dürfen nicht mit Wertpapieren des Unternehmens handeln ab dem Zeitpunkt, wo sie Gewissheit über die Ergebnisse des Quartals besitzen, spätestens sieben Tage vor dem Ende des Geschäftsquartals des Unternehmens, und bis 24 Stunden nach der Veröffentlichung der Quartalsergebnisse des Unternehmens. Zum Beispiel, wenn das zweite Quartal am 30. November endet und die Ergebnisse des zweiten Quartals um 8.30 Uhr am 6. Januar veröffentlicht werden, leitende Angestellte, Direktoren, und Personen, die Kenntnisse von Quartalsergebnissen des Unternehmens haben könnten, dürfen nicht mit Wertpapieren während der Zeitperiode vom 23. November (sieben Tage vor dem Ende des Geschäftsquartals) bis zum 6. Januar handeln.

Ereignisspezifische Zeiträume, in denen Handelsbeschränkungen für bestimmte Personen gelten. Von Zeit zu Zeit können Ereignisse eintreten oder Informationen entstehen, die für das Unternehmen wesentlich und nur wenigen betroffenen Personen bekannt sind. Solange das Ereignis oder die Information wesentlich und nicht-öffentlich bleibt, dürfen Direktoren, Führungskräfte, und Personen, die der Vorstandsvorsitzende benennt, nicht mit Wertpapieren des Unternehmens handeln. Das Bestehen von ereignis- oder informationsspezifischen Handelsbeschränkungen für einen

bestimmten Zeitraum wird nicht bekanntgegeben, außer an betroffenen Personen, die Kenntnis über zu Einschränkung führendes Ereignis haben. Alle betroffenen Personen mit Kenntnis von ereignisspezifischen Handelsbeschränkungen für einen bestimmten Zeitraum dürfen nicht mit Wertpapieren des Unternehmens handeln und dürfen nicht anderen Personen den Zeitraum der Beschränkung offenlegen. Das Versäumnis des Vorstandsvorsitzenden, für eine bestimmte Person ereignisspezifische Handelsbeschränkungen zu benennen, erlöst nicht die Person von der Verpflichtung nicht zu handeln während im Besitz der Kenntnis wesentlicher, nicht-öffentlicher Informationen. Ausnahmen können nicht während ereignisspezifischer Zeiträume, in denen Handelsbeschränkungen für bestimmte Personen gelten, gewährt werden.

Vorher abgestimmte und automatische Handelspläne. Unsere Richtlinie gilt nicht für vorher abgestimmte und automatische Ankäufe von Aktien des Unternehmens („Vorher abgestimmte Handelspläne“), gemäß der SEC Regel 10b5-1. Unter dieser Regelung kann eine Person einen vorher abgestimmten Plan zum Handeln von Wertpapieren des Unternehmens abschließen, der bestimmte Bedingungen erfüllt und vorab durch den Chief Financial Officer des Unternehmens genehmigt wurde. Dieser Plan erlaubt Personen mit Wertpapieren des Unternehmens während einer Sperrfrist zu handeln, da Handelsentscheidungen durch eine unabhängige Drittpartei und nach vorher festgelegten Kriterien eines schriftlichen Plans erfolgen. Der Vertrag, die Handlungsanweisung, oder schriftlicher Plan müssen gutgläubig geschlossen werden und abgeschlossen zu einem Zeitpunkt, in dem die handelnde Person nicht im Besitz wesentlicher, nicht-öffentlicher Information ist. Der Handelsplan muss spezifische Vorschriften und Bedingungen für den An- und Verkauf von Wertpapieren des Unternehmens beinhalten und muss dafür sorgen, dass der vorher abgestimmte Ankauf ungeachtet des Wissens der Person über wesentliche, nicht-öffentliche Informationen zum Zeitpunkt der Transaktionen zustande kommen wird. Solche Vereinbarung könnte mit einem Makler abgeschlossen sein, aber der Handel selbst kann jede Person ausführen, außer derjenige, der den Plan abgeschlossen hat. Der Plan muss ausdrücklich den Betrag (in Zahl der Aktien oder andere Wertpapiere oder einen bestimmten Dollarbetrag), Preis, und Datum des Handels spezifizieren, oder so bestimmt werden, dass die Person keinen Entscheidungsspielraum mehr darüber hat, wie, wann oder ob An- und Verkäufe getätigt werden (z.B. Computerprogramm, Algorithmen, oder andere Formel). Dieser Abschnitt gilt auch für die Teilnahme an automatischen Dividenden-Wiederanlageplänen, bei denen ausgezahlte Dividende nach Eingang automatisch in Wertpapiere des Unternehmens wiederangelegt werden.

TRANSAKTIONEN NACH BEENDIGUNG DES BESCHÄFTIGUNGSVERHÄLTNISSES

Diese Richtlinie gilt weiter für Transaktionen mit Wertpapieren des Unternehmens, auch nach einer Kündigung als Vorstandsmitglied oder Mitarbeiter des Unternehmens. Wenn eine betroffene Person zum Zeitpunkt der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses im Besitz von wesentlichen, nicht-öffentlichen Informationen ist, darf diese Person so lange nicht mit Wertpapieren des Unternehmens handeln, bis diese Informationen öffentlich geworden oder nicht mehr wesentlich sind. Im Übrigen werden Beschränkungen entfallen.

INDIVIDUELLE VERANTWORTUNG UND UNTERSTÜTZUNG DURCH DAS UNTERNEHMEN



Fragen zu dieser Richtlinie oder ihrer Anwendung in Hinblick auf eine beabsichtigte Transaktion sollen an den Chief Financial Officer und /oder SEC-Berater gerichtet werden. Jeder Einzelne ist dafür verantwortlich, sich in Übereinstimmung mit dieser Richtlinie zu verhalten und rechtswidrige Transaktionen zu vermeiden.